



## **Hauptausschuss**

### **3. Sitzung (öffentlich)**

5. Oktober 2017

Düsseldorf – Haus des Landtags

11:00 Uhr bis 11:55 Uhr

Vorsitz: Dr. Marcus Optendrenk (CDU)

Protokoll: Marion Schmieder

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

- |          |   |           |
|----------|---|-----------|
| <b>1</b> | <b>Ergebnisse der Ministerehrenkommission</b>   | <b>3</b>  |
|          | Bericht<br>der Landesregierung<br>Vorlage 17/155  |           |
| <b>2</b> | <b>Gesetz zur Sicherung der Akkreditierung von Studiengängen in<br/>Nordrhein-Westfalen</b> | <b>14</b> |
|          | Gesetzentwurf<br>der Landesregierung<br>Drucksache 17/494                                   |           |

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf in der vorliegenden Fassung als Empfehlung an der Plenum einstimmig zu.

Hauptausschuss

05.10.2017

3. Sitzung (öffentlich)

Sm

**3 Wir brauchen ein Demokratiefördergesetz! 16**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/508

Der Ausschuss verständigt sich auf die Durchführung einer Anhörung zu diesem Antrag. Die Einzelheiten werden in einer Obleuterunde am Rande des nächsten Plenums besprochen.

**4 Verschiedenes 17****a) geänderte Plenartermine****b) Resolution zum 9. November****c) Gesetz zur Sicherung der Akkreditierung**

\* \* \*

## 2 Gesetz zur Sicherung der Akkreditierung von Studiengängen in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/494

**Vorsitzender Dr. Marcus Optendrenk** informiert, dass der Gesetzentwurf vom September-Plenum federführend an den Hauptausschuss überwiesen worden sei; der Wissenschaftsausschuss sei mitberatend. Der HPA sei aufgerufen, eine Empfehlung für die zweite Lesung im Plenum vorzubereiten. Der mitberatende Wissenschaftsausschuss habe in seiner Sitzung am 20. September 2017 bereits eine Empfehlung abgegeben, dem Gesetzentwurf zuzustimmen. Er wolle wissen, ob der HPA in der heutigen Sitzung zu einer abschließenden Meinungsbildung kommen könne.

**Prof. Dr. Rainer Bovermann (SPD)** bestätigt, dass es sich um ein spannendes Thema handle. Die SPD-Fraktion wäre bereit, darüber abstimmen zu lassen. Dem schließen sich die **FDP-Fraktion**, die **CDU-Fraktion** sowie die Fraktionen von **Grünen** und **AfD** an.

**Prof. Dr. Rainer Bovermann (SPD)** erläutert, es gehe im Wesentlichen um die Umsetzung eines Staatsvertrages. Grundlage sei ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das die Rechtmäßigkeit des bisherigen Akkreditierungsverfahrens zu Recht infrage gestellt habe. Im Wesentlichen erfolge nun eine Reparatur und damit einhergehend die Herstellung der Rechtssicherheit.

Sicherlich könnte man zum Thema „Akkreditierung“ noch viele andere Punkte anführen; unter anderem die Flut an Bachelor- und Masterstudiengängen, die über die Hochschulen hereingebrochen seien. Auch das Verfahren selbst in seiner Qualität bleibe verbesserungswürdig. Das solle jedoch an anderer Stelle im Plenum diskutiert werden. Die SPD-Fraktion werde dem Staatsvertrag, der noch unter der rot-grünen Landesregierung ausgehandelt worden sei, und der noch die Unterschrift der Ministerpräsidentin trage, sowie dessen Umsetzung zustimmen.

**Angela Freimuth (FDP)** weist darauf hin, dass man sich auch in einem anderen Ausschuss darüber ausgetauscht habe, der mitberatend zu diesem Gesetzentwurf sei. Dieser Ausschuss habe sich in der vergangenen Legislaturperiode sehr intensiv auch im Rahmen einer Anhörung mit der Thematik auseinandergesetzt. Mit dem Staatsvertrag finde eine langjährige Geschichte ihren vorläufigen Höhepunkt.

Die FDP-Fraktion stimme dem Gesetzentwurf ebenfalls zu, weil eine Klarheit benötigt werde, gerade aus Sicht des Landes Nordrhein-Westfalen. Insofern danke sie den Kollegen aus der Opposition für ihre Bereitschaft zur Zustimmung.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf in der vorliegenden Fassung als Empfehlung an der Plenum einstimmig zu.

## 4 Verschiedenes

### a) geänderte Plenartermine

**Vorsitzender Dr. Marcus Optendrenk** erinnert an die geänderten Plenartermine für 2017 und für das 1. Halbjahr 2018. Seines Erachtens bedürfe es keiner Änderung der Termine des HPA, da diese nicht mit den geänderten Plenarterminen kollidierten. Der Haushalt 2018 könne in der Sitzung am 23. November 2018 erstmals beraten werden; mögliche Anträge könnten in der Sitzung am 7. Dezember beraten werden. Die vom Haushalts- und Finanzausschuss gesetzte Frist – 8. Dezember 2017 – könne somit eingehalten werden.

### b) Resolution zum 9. November

**Elisabeth Müller-Witt (SPD)** weist auf die am 9. November stattfindende HPA-Sitzung hin. Da es sich dabei um ein ausgesprochen bedeutsames Datum handele, schlage sie vor, als Hauptausschuss eine gemeinsame Resolution zum 9. November zu verabschieden mit dem Schwerpunkt des Gedenkens an die Reichspogromnacht.

Zeitgleich zur Sitzung finde die große Gedenkveranstaltung in Düsseldorf statt, an der die Ausschussmitglieder nicht teilnehmen könnten. Sie halte es aber für angemessen, analog zur Vorgehensweise des Plenums im Vorjahr, eine Resolution zum 9. November zu verabschieden.

**Angela Freimuth (FDP)** hält das für einen guten Vorschlag, dem sie sich aus FDP-Sicht gern anschließen wolle.

**Vorsitzender Dr. Marcus Optendrenk** führt aus, ihm sei die Üblichkeit solcher Resolutionen in Ausschüssen nicht ganz klar. Im Plenum werde sicher regelmäßig so vorgegangen; aber inwieweit das auch in Ausschüssen der Fall sei, entziehe sich seiner Kenntnis. In den Ausschüssen, denen er in der vergangenen Legislaturperiode angehört habe – und das seien einige gewesen – sei das jedenfalls nicht der Fall gewesen.

Daher schlage er vor, sich darüber bis zur Obleuterunde kundig zu machen und dann einen abschließenden Vorschlag zu unterbreiten.

### c) Gesetz zur Sicherung der Akkreditierung

**Angela Freimuth (FDP)** regt im Zusammenhang damit, dass der HPA gerade das Gesetz zur Sicherung der Akkreditierung beschlossen habe und eine entsprechende Beschlussempfehlung an das Plenum gegeben worden sei, an, dass der HPA – obwohl der Ältestenrat am Morgen die Tagesordnung für das nächste Plenum beschlossen habe – mit den Parlamentarischen Geschäftsführern das Gespräch suche, ob nicht eine einvernehmliche Ergänzung der Tagesordnung für das nächste Plenum erfolgen könne.

Sie wissen, dass hier ein großes Interesse an schneller gesetzlicher Klarheit bestünde. So sei es auch im Wissenschaftsausschuss der Fall. Das könne man über den Vorsitzenden in Richtung Ältestenrat und Fraktionen auf den Weg bringen.

**Vorsitzender Dr. Marcus Optendrenk** sagt zu, sich als Vorsitzender des Hauptausschusses darum zu kümmern, bittet aber zugleich darum, dass man auch auf die Parlamentarischen Geschäftsführer zugehen möge. Über einen unvermeidlichen Neudruck könne die Ergänzung der Tagesordnung noch möglich sein..

gez. Dr. Marcus Optendrenk  
Vorsitzender

21.11.2017/21.11.2017

160